

HAUSHALTSDEBATTE IM BUNDESTAG

Wie viel Unheil noch?

Aus Alice Weidels Rede zur Haushaltsdebatte am 9. Dezember im Bundestag

Vielleicht ist dieser Haushalt ja tatsächlich der letzte, den eine von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, geführte Bundesregierung vorlegt. Dem Land und seinen Bürgern wäre das zu wünschen. Die Frage ist: Wie viel Unheil wollen Sie in Ihrer verbleibenden Amtszeit noch anrichten?

Die katastrophale Bilanz dieses Coronajahres, Ihr planloser und grotesker Umgang mit der Herausforderung durch das SARS-CoV-2-Virus, lässt nichts Gutes ahnen. Eine verlogene Lockdown-Politik hat das kürzlich Ihr Parteifreund, der Staatsrechtler und Verteidigungsminister a. D. Professor Rupert Scholz genannt, einer jener vernünftigen und qualifizierten Köpfe, die in der von Ihnen dominierten Partei keine Chance mehr haben.

Auch nach einem Dreivierteljahr stochern Sie immer noch im Nebel und klammern sich an die untaugliche Holzhammermethode Lockdown, die mehr Kollateralschäden anrichtet, als Nutzen im Kampf gegen das Coronavirus zu bringen.

Ihr bayerischer Adlatus, Markus Söder, greift noch tiefer in die Trickkiste autoritärer Herrschaft und wirft sogar mit Ausgangssperren um sich. Statt das Gebotene zu tun und gezielt

„Sie versuchen, bis an den Wohnzimmertisch in das Privatleben hineinzuregieren.“

die besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu schützen, sperren Sie die Bürger ein, vernichten Existenzen, treiben ganze Branchen in den Ruin und versuchen, bis an den Wohnzimmertisch in das Privatleben der Bürger hineinzuregieren.

Die zur Untätigkeit verurteilten und vom Ruin bedrohten Gewerbetreibenden durften jetzt erst erfahren, dass die großartig versprochenen Novemberhilfen wohl erst irgendwann im Januar kommen, weil noch ein Softwaretool fehlt. Schnell sind Sie mit Milliardenhilfen nur bei großen Konzernen, die Sie im Gegenzug sukzessive unter Staatskontrolle bringen.

Alle paar Wochen maßt sich Ihre Kungelrunde mit den Ministerpräsidenten an, neue widersprüchliche und übergreifige Maßnahmen zu verhängen. Obendrauf haben Sie sich noch mit einem fragwürdigen, euphemistisch als Bevölkerungsschutzgesetz ausgebenen Konstrukt einen Blanko-



Dr. Alice Weidel ist Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag und Landessprecherin

scheck ausstellen lassen, um das Parlament zu umgehen. Das haben Sie übrigens - anders als die Auszahlung der Novemberhilfen - an nur einem Tag

„Frau Bundeskanzlerin, Sie spalten dieses Land.“

über die Bühne und durch alle Instanzen gebracht.

Bürger, die gegen Ihre Maßnahmenpolitik protestieren, werden als Extremisten diffamiert, mit dem Verfassungsschutz bedroht und mit Wasserwerfern und Polizeigewalt auseinandergetrieben. Sie sind es, Frau Bundeskanzlerin, die dieses Land und diese Gesellschaft spalten.

IN DIESER AUSGABE

AFD IM LANDTAG

GEZ|Hausunterricht|Corona|Tierschutz|Schulbildung

2-5

AUS DEN PARLAMENTEN

Baden-Baden|Waghäusel

6

AUS UNSERER PARTEI

Zweierlei Demo-Maß|Gender

7

AUFGEKLÄRT!

Die Trickereien der alten Parteien

8



Im SWR-Rundfunkrat ist Rainer Podeswa einziger AfD-Vertreter und hinterfragt jedes einzelne Angebot

Linksgrüne Luxusversorgung

Die Rundfunkanstalten sind längst keine journalistischen Grundversorger mehr, sondern Versorgungsanstalten für Links-Grün

DR. RAINER PODESWA, HEILBRONN

Die ARD ist bereits die größte „nicht-kommerzielle“ Medienanstalt der Welt. Trotzdem sollen es laut KEF 1,9 Milliarden Euro mehr werden. Damit stünden mit zusätzlichen Einnahmen wie Werbung fast 10 Milliarden Euro Jahresbudget zur Verfügung. Dutzende Staaten der Welt haben ein geringeres Bruttoinlandsprodukt als dieses Jahresbudget!

Das Argument mit „nur 86 Cent“ mehr Rundfunkgebühr zeigt dabei den abhanden gekommenen Bezug zur Realität, denn summiert ergeben sie rund 400 Millionen Euro pro Jahr. Zum Vergleich: alleine diese Erhöhung entspricht dem Umsatz der kompletten F.A.Z. oder fast dem Fünffachen der Anzeigenumsätze des Spiegels.

Die ARD hat 10 Rundfunkanstalten mit 110 Standorten. Mit ZDF, Deutschlandfunk und Deutscher Welle gibt es 21 Fernsehsender und 74 Radiosender mit insgesamt rund 44.000 Personalstellen. Die Anstalten sind an 186 Unternehmen beteiligt, darunter sogar ein Freizeitpark.

Eine aktuelle Umfrage zeigte, dass rund 92 Prozent der ARD-Volontäre (und damit der künftigen Redakteure und Chefs) Wähler von grün-rot-rot sind. Demnach darf das Dauerabo der Grünen in Talkshows bei gleichzeitigem AfD-Boycott nicht wundern. Zudem entlarvte ein „Framing-Papier der

ARD ein krudes Demokratieverständnis“, so das Handelsblatt. Empfohlen wird in dem „Manipulationshandbuch“ nicht sachlich, sondern moralisch auf Kritiker zu reagieren.

Als die GEZ zu einem Zwangsbeitrag für alle Haushalte umgewandelt wurde, sprach man von einer „Demokratie-Abgabe“. Aber brauchen wir Florian Silbereisen, die „Rosenheim-Cops“, „Bares für Rares“ oder zweifelhafte Onlinespiele zur Demokratiebildung? Ein „Unterhaltungsprogramm“ ist zwei-

Die Intendanten bekommen weit mehr als die Bundeskanzlerin

felsfrei wichtig, aber nicht Auftrag des Grundversorgers.

2014 urteilte das Bundesverfassungsgericht, das ZDF „darf nicht zum Staatsfunk werden“. Statt diese Kritik zu beachten bestimmte man kürzlich Christine Strobl (CDU), Ehefrau von Innenminister Thomas Strobl und Tochter von Wolfgang Schäuble, zum ARD-Programmdirektor. Studien stellen regelmäßig ein „eklatantes journalistisches Versagen“ fest, sowie eine „vielfach unausgewogene Berichterstattung“. Kritik findet besonders die Treue der Presse zur Regierung. 2020 räumte selbst der ZDF-Chefredakteur eine Nähe zur Politik ein, „wie sie in de-

mokratischen Verhältnissen der Ausnahmezeit sein sollte.“

Die „Grundversorger“ wurden faktisch zur Luxusversorgung für Links-Grün. Die Intendanten bekommen teilweise weit mehr als die Kanzlerin. Alleine das Gehalt des SWR-Intendanten (343.000 Euro) erfordert 1634 Gehaltzahler. Redakteure können nach 20 Jahren auf bis zu 10.728 Euro/Monat aufsteigen und Sekretärinnen auf über 6.000 Euro. Die Folge sind auch sehr hohe Pensionsansprüche – bis zu 75 Prozent des letzten Gehalts.

Die Entscheidung von Sachsen-Anhalt hat den Rundfunk nur kurzzeitig ausgebremst. ARD, SWR und Co. müssen dringend auf den Prüfstand – ein Kernanliegen der AfD.

Dr. Rainer Podeswa MdL ist stv. Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg



Langfristige Strategie gefragt

BERND GÖGEL, WAHLKREIS ENZ

Mark Twain sagte einst: „Kaum verloren wir das Ziel aus den Augen, verdoppeln wir unsere Anstrengungen.“ Genau das tut die Landesregierung: Sie verhängt einen Corona-Lockdown mit Ausgangssperren, ohne Kenntnis, ob dies das Ziel erreichen kann.

Einstein sagte einmal: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Und was macht der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn? Er versucht mit derselben Denkweise das Virus-Problem zu lösen, während Altmaier gestern das Einkufen als patriotische Pflicht bezeichnete und es nun möglichst ganz unterbinden möchte.

Die Angst, an Corona zu erkranken, die Angst um die Gesundheit der Familie, die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes, die Existenzangst, die Zukunftsangst und die Angst vor der Angst – all das ruft nicht nur schwere seelische und psychische Störungen im Menschen hervor, sondern führt zu psychosomatischen und dauerhaften Verhaltensstörungen im Alltagsleben unserer Bürger.

Laut RKI treten Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus gehäuft bei Menschen ab 80 Jahren auf. Anstatt diese Alters- und Risikogruppen besonders zu schützen und für ausreichendes medizinisches Fachpersonal in Pflegeheimen und Krankenhäusern zu sorgen, setzt die Regierung lieber unsere Grundrech-



Bernd Gögel ist AfD-Fraktionsvorsitzender

te außer Kraft und schießt mit einer Kanone, ohne zu wissen, ob sie das Virus spürbar trifft.

All das ist keine dauerhafte Lösung für unsere Bürger, das ist keine Überlebensstrategie für unsere Wirtschaft. Wir setzen auf Eigenverantwortung – Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung. Mehr dazu im Beitrag auf S. 4.

AfD bringt Gesetz für Hausunterricht ein *Hausunterricht ermöglichen, wenn Eltern und Kinder dies wünschen*

DR. THOMAS HARTUNG, LEONBERG

Die gegenwärtige Situation der Corona-Einschränkungen wird von vielen Schülern und ihren Eltern als eine große Belastung wahrgenommen, sie kann jedoch auch zu einer Chance der Flexibilisierung unseres Schulsystems werden. Es besteht gerade jetzt die Chance, eine Kultur der Leistungsorientierung zu etablieren. Die vermehrte Einbindung der Eltern in den Unterricht ihrer Kinder zeigt die Verantwortung, die ihnen in Krisenzeiten, in unvorhergesehenen und unvorhersehbaren Situationen, zukommt.

In der Zeit der durch die Corona-Pandemie bedingten Schulschließungen im Frühjahr 2020 haben viele Eltern in bewundernswürdiger Weise ihre Kinder nicht nur beaufsichtigt, sondern oft auch selbst unterrichtet. In der gegenwärtigen Lage der Pandemie begrenzt der Hausunterricht die Gefahr einer Infektion mit dem Corona-Virus. Ausnahmesituationen können

jedoch sowohl individuell als auch gesellschaftlich immer wieder auftreten. Der Hausunterricht kann für einzelne Schüler auch in Zukunft eine flexiblere und eigenverantwortlichere Entwicklung ermöglichen.

Die AfD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf für Hausunterricht und

Hausunterricht begrenzt die Gefahr einer Infektion mit dem Coronavirus

zur Einrichtung von Jahresabschlussprüfungen und Schulabschlussprüfungen eingereicht. Ziel des Gesetzentwurfes ist es, das pädagogische Potenzial der Eltern in der jetzigen Krise und darüber hinaus konstruktiv zu begleiten und sie je nach persönlicher Situation und Eignung in den Unterricht ihrer Kinder einzubinden, falls sie dieses von sich aus wünschen und die pädagogischen und fachlichen Fähigkeiten hierfür haben.

Bei älteren Schülern gilt es, das Potenzial zum eigenständigen Arbeiten bestmöglich zu unterstützen.

In Zeiten außerhalb der momentanen pandemiebedingten Ausnahmesituation können neben dem Leistungssport oder einer intensiven Musikausübung auch Krankheiten, Behinderungen oder psychische Belastungen Gründe für eine Befreiung von der Schulbesuchspflicht sein. Eine zeitintensive Vorbereitung auf eine berufliche Laufbahn, für die generell ein Schulabschluss keine Voraussetzung ist, kann ebenso Grund für die Bevorzugung von Hausunterricht sein wie die rasche Auffassungsgabe eines Schülers, der lieber eigenständig lernen möchte.

Eltern haben oft die besten Einsichten, welche Lernkonstellation für die Entwicklung ihrer Kinder förderlich ist, und sind hochmotiviert, ihren Kindern diese zu ermöglichen.

Dr. Thomas Hartung ist Pressesprecher der AfD-Landtagsfraktion

Selbstbestimmung statt Zwangsmaßnahmen

Wir setzen uns für Eigenverantwortung der Bürger und einen besonderen Corona-Schutz für gefährdete Gruppen ein

DR. CHRISTINA BAUM, LAUDA-KÖNIGSHOFEN

Seit annähernd einem Jahr bestimmt die Corona-Lage die Politik in unserem Land. Verheerend waren seit Beginn die fehlenden Informationen aus dem Ministerium, sodass wir als Fraktion bei unserer Entscheidungsfindung oftmals lediglich auf Informationen aus der Presse zugreifen konnten.

Als gesundheitspolitische Sprecherin suchte ich mit mehreren Mitarbeitern nach Fakten. Sehr schnell erkannten wir an den ersten offiziellen Zahlen die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen und präsentierten als Fraktion bereits Mitte April Vorschläge für eine Exit-Strategie, um einen möglichst schnellen Neustart für die Wirtschaft und unser gesellschaftliches Leben zu ermöglichen und dabei insbesondere die gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu schützen.

Im selben Monat stellte die Fraktion ein Finanzstrategiepapier vor und forderte eine Revision des Haushaltsplans. Alle Forderungen der Fraktion waren darauf ausgerichtet, zeitnah einen Weg zurück zur Normalität zu ermöglichen. Wir beantragten daher schon im Mai eine Neubewertung der Corona-Lage,

Die Therapie darf niemals schädlicher sein als die Erkrankung selbst

weil die epidemische Lage nationaler Tragweite sichtbar nicht gegeben war.

Aufgrund vieler Zuschriften mit Hinweisen zu starken gesundheitlichen Problemen durch das Tragen

IMPRESSUM

Landesvorstand der
AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.

der Masken, plädierten wir im Sommer für eine sofortige Abschaffung der Maskenpflicht. Diese Anträge wurden ebenso abgelehnt wie ein runder Tisch mit unabhängigen Experten zur Bewertung aller erlassenen Maßnahmen.



Quarantäne und soziale Isolation sind seelische Grausamkeit

Täglich erreicht uns Post von besorgten und verzweifelten Bürgern. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung erkennt, wie unlogisch und realitätsfern die Maßnahmen der Altparteien sind und wie empathielos diese mit ihrem eigenen Volk umgehen. Das Leid der Menschen interessiert sie nicht. Lange konnten wir uns nicht vorstellen, wie tief all diese Maßnahmen in das soziale und wirtschaftliche Leben einschneiden und wie leichtfertig Landes- und Bundesregierung die Außerkraftsetzung wesentlichster Grundrechte beschloß.

Der Weg der AfD, ein weitgehend normales Leben unter Schutz der besonders gefährdeten Gruppen und unter Respektierung von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, wäre erfolgreich gewesen. Er wurde nicht einmal erwogen.

Nun steht unser Land vor dem wirtschaftlichen Abgrund mit Arbeitslosigkeit, Insolvenz und der Vernichtung von Lebenswerken. Das Dauermaskentragen macht gesunde Menschen krank. Die Abstandsregeln, die soziale Isolation, die Vereinzelung, die stren-

gen Quarantäneauflagen und nun auch noch die Androhung von „Absonderung“ sind Psychoterror und seelische Grausamkeit. Der Schaden, den unser soziales Leben nimmt, ist überhaupt noch nicht abzusehen.

Die mit Lobeshymnen bedachte und angepriesene Impfung, die über eine Notzulassung mindestens 70 % der Bevölkerung verabreicht werden soll, betrachten wir aufgrund mangelnder Erforschung als unverantwortliches, wenn nicht gar kriminelles Menschenexperiment. Wir können nur allen Bürgern raten, sich gründlich, umfassend und vor allem alternativ über diesen neuartigen Impfstoff zu informieren.

Stets habe ich den Grundsatz vertreten, dass die Therapie einer Erkrankung niemals schädlicher sein darf als die Krankheit selbst. Dies ist bei allen Corona-Maßnahmen, aber ganz besonders bei der Impfung nicht der Fall. Deshalb lehnen wir eine Impfpflicht, auch eine indirekte, ab und fordern die Beendigung aller verpflichtenden Corona-Maßnahmen. Stattdessen sehen wir uns als Vertreter der mündigen Bürger und als Verteidiger unserer Freiheitsrechte gegen jede Form der staatlichen Fremdbestimmung.

Der Angst- und Panikmache der Regierung muss schnellstens ein Ende gesetzt werden.

Dr. Christina Baum Mdl ist Vorsitzende des Arbeitskreises Linksextremismus der AfD-Fraktion





Die AfD hat schon 2018 auf Missstände im Schlachthof Gärtringen hingewiesen

Tierleid effektiv verhindern!

Unsere Forderungen nach Überwachungskameras wurden ignoriert

UDO STEIN, SCHWÄBISCH-HALL

Im Oktober 2020 ist der Öffentlichkeit der Skandal im Schlachthof Gärtringen bekannt geworden. Ich hatte den Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) aber bereits im April 2018 auf Missstände in dem Schlachthof aufmerksam gemacht. Wegen der Schächtungen durch einen Halal-Großmetzger im Schlachthof forderte die AfD damals Überwachungskameras an kritischen Kontrollpunkten, um den Behörden die gesetzlich vorgeschriebene Kontrolle des Schlachtbetriebs zu ermöglichen.

Jetzt fordert auch Hauk Kameras auf Schlachthöfen, aber nur auf freiwilliger Grundlage. Wer keine Kameras installiert, soll verstärkt kontrolliert werden. Nur: Warum gab es diese „verstärkten“ Kontrollen nicht schon früher? Warum ist der Minister beim Tierschutz nicht schon viel früher tätig geworden?

Nicht zuletzt wären auch die Einkommenseinbußen der Bauern und des regionalen Fleischerhandwerks vermeidbar gewesen.

Der Minister Hauk hatte den unteren Behörden vorgeworfen, dass „mehr Zug in der Sache nötig gewesen“ wäre. Genau das wäre aber die Aufgabe des obersten Dienstherrn aller Veterinäre im Land gewesen. Wer sich hinter Zuständigkeiten versteckt, weckt Zweifel an seinen Führungsqualitäten. Lebensmittel-Versorgungssicherheit und Tier-

schutz müssen ohne Rücksicht auf Koalitionszwänge oder ineffiziente Strukturen sichergestellt sein.

Der Skandal auf dem McDonald-Schlachthof in Tauberbischofsheim 2017, eine Mängelliste von 2018, die zwei Drittel der 40 größten Schlachtbetriebe auflistet, Gärtringen im Oktober 2020, mehrere Tierschutzskandale auf Schweinemastbetrieben in Merklingen oder Rottweil – die Amtszeit von Hauk wird von Tierschutzskandalen begleitet. Dabei war die Zahl der Veterinäre in mehreren Haushaltsberatungen aufgestockt worden.

Hier liegt ein systemisches Versagen vor. Die Politik des gezielten Wegschauens ist genauso am Ende wie die Legislaturperiode. Es ist höchste Zeit für einen Wechsel.

Udo Stein Mdl ist landwirtschaftlicher Sprecher der AfD-Landtagsfraktion



Bildung in Zeiten von Corona

DR. RAINER BALZER, BAD SCHÖNBORN

Lernen findet in der Diskussion, der Kommunikation statt, deshalb sprechen wir uns trotz Corona für Präsenzunterricht in Schulen, Universitäten und Hochschulen aus. Die Abstandsregeln erlauben es, Unterricht in Präsenz durchzuführen.

Dort wo sinnvoll online gearbeitet werden kann, müssen Onlineübungen angeboten und korrigiert werden.

Schüler und Studenten gehören sicherlich nicht zur Risikogruppe und können selbst oder mit ihren Eltern entscheiden, ob sie in eine Vorlesung oder den Unterricht gehen oder nicht.

Wir fordern eine Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger und das gilt auch für Studenten und Hochschullehrer.

Leistung, Wissen und Können – die Alternative für Deutschland möchte diese drei Begriffe, die dem Grundbedürfnis heranwachsender Menschen

Leistung, Wissen und Können müssen wieder ins Zentrum der Bildungspläne rücken

entsprechen, wieder in das Zentrum der Bildungspläne stellen. Es war ein ideologischer Fehler der grün-schwarzen und -roten Landesregierungen, den Schwerpunkt vom umfassenden Bildungsauftrag hin zu den Leitperspektiven für nachhaltige Entwicklung, Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt sowie Prävention und Gesundheitsförderung zu verschieben. Seither sinkt das Leistungsniveau dramatisch ab.

Erst eine breite Kenntnis der Natur- und Geisteswissenschaften, der Ökonomie und des Rechts ermöglichen das sichere Beurteilen von gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen. Dieses wichtige Fundament ermöglicht es den jungen Menschen, ihr Berufs- und Arbeitsleben erfolgreich zu meistern und damit ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

Dr. Rainer Balzer Mdl ist bildungspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion



AUS DEN PARLAMENTEN

Foto: wirestock/freepik.com

Wie tief ist die SPD gesunken?

GERD GLEIXNER, WAGHÄUSEL

Der Vorstand der SPD Waghäusel versucht mit allen Mitteln, die AfD zu bekämpfen. Da werden Gastwirte genötigt, Räumlichkeiten am Tag der Veranstaltungen zu kündigen, Veranstaltungen werden gestört oder versucht zu unterbinden. Sehr gerne ruft die SPD auch die linksradikale Antifa zu Hilfe.

Doch da all diese Maßnahmen keine großen Auswirkungen zeigten, ließ sich ihr Schriftführer Herr David Heger nun etwas nicht ganz Neues einfallen. Er hatte festgestellt, dass das Impressum eines unserer Flyer nicht vollständig den gesetzlichen Anforderungen entsprach. Dieser schwerwiegende Missstand musste natürlich angezeigt werden.

Doch was war der Hintergrund für diese Anzeige? Hass gegen die AfD oder eventuell gegen mich persönlich? Gerechtigkeitssinn? Weil sich schließlich jeder an die geltenden Gesetze zu halten hat? Oder ging es nur darum, einen Gegner oder gar Feind anzuprangern und zu schädigen? Sicherlich sollte das Letztere damit erreicht werden.

Kann dies als Denunziation angesehen werden? Ist dies bei der SPD nun ein legitimes Mittel?

Ich hoffe doch sehr, dass nicht die gesamte SPD so tief gesunken ist und die Anwendung solcher Mittel für gut empfindet.

Gerd Gleixner Sprecher des Stadtverbandes Waghäusel-Philippsburg



Die Vermieter können nichts für die Coronaentscheidungen der Regierung

Grüne Enteignungsphantasien – Nein Danke

Grüne Ideologie geht stets auf Kosten anderer

KURT HERMANN, BADEN-BADEN

Die Baden-Badener Grünen fordern die Reduzierung der Mieten von Einzelhandel und Gastronomie. Daran ist deutlich erkennbar, wie die Probleme unserer Gesellschaft nach grüner Ideologie gelöst werden sollen. Die Grünen stellen populistische Forderungen, aber bezahlen sollen das die bösen kapitalistischen Vermieter, die sich nur bereichern wollen. Dabei wird vergessen, dass es insbesondere die Grünen waren, welche mit völlig überzogenen Forderungen an die Vermieter im Sinne des Klimaschutzes, die Mietpreise in die Höhe getrieben haben und weiter treiben.

Haben die Grünen wirklich geglaubt, dass die Vermieter die Kosten energetischer Sanierungsmaßnahmen, Abgaben und Steuern selbst bezahlen? Natürlich werden diese Kosten an den Mieter weitergegeben. Dies betrifft nicht nur den Einzelhandel, sondern jeden Mieter. Letztendlich zahlt immer der Verbraucher die Zeche.

Dabei wird völlig außer Acht gelassen, das auch Vermieter laufende Kosten haben und diese bezahlen müssen, aber über den ideologischen Tellerrand hinauszusehen ist nicht die Stärke der Grünen.

Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Politik der Grünen, seien es erneuerbare Energien, Elektromobilität oder uneingeschränkte Zuwanderung: Die Kosten für diese Ideologie werden wir alle teuer bezah-

len. Es gilt immer noch das Verursacherprinzip: Nicht die Vermieter haben sich den Shutdown ausgedacht, es war die Grün dominierte Landesregierung. Diese entzieht dem Einzelhandel und den Gaststätten die Existenzgrundlage und nun soll das Land auch dafür geradestehen und nicht der Einzelhandel oder die Gaststätten, welche die Mieten oder Pachten nicht mehr erwirtschaften können.

Ebenso kann auch der Vermieter nicht für Entscheidungen der Grünen Landesregierung verantwortlich gemacht werden. Auch ein Vermieter muss Kredite, Steuern und Abgaben bezahlen sowie in Vorleistungen gehen.

Letztlich sollte das Land als Verursacher für die Einnahmeausfälle aufkommen, aber wer ist das Land?

Nun, das sind wir alle, die wir am Anfang der Bezahlkette stehen.

Kurt Hermann ist stv. Sprecher des KV BAD/Rastatt und AfD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Baden-Baden





Inder demonstrieren am 12. Dezember in Stuttgart – dicht an dicht

Inder dürfen demonstrieren, Deutsche nicht?

Und täglich grüßt die Doppelmoral

SVEN GESCHINSKI, HEIDELBERG

Stuttgart am Samstag, 12.12.2020, 15.20 Uhr. Während der grüne Ministerpräsident den Landeskindern von diesem Tag an ab 20 Uhr Hausarrest und auch tagsüber Ausgangsbeschränkungen verordnet hat, steht der staunende Passant auf der Königstraße/Ecke Schlossplatz plötzlich einer Demonstration von rund 200 Teilnehmern gegenüber.

Dicht an dicht stehen die Inder, gut erkennbar an ihren exotischen Turbanen, um gegen die neuen Agrargesetze im fernen Indien zu protestieren. Ein Redner beschallt per Megafon nicht nur die Demonstranten, sondern auch die Passanten im Umkreis mehrerer hundert Meter mit unverständlichen Parolen.

Verblüfft ob dieser unwirklichen Szene in Zeiten eines heraufziehenden Lockdowns geht der Passant zu in der Nähe in ihrem Einsatzfahrzeug sitzenden, mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten und fragt nach. „Da fragen Sie mal die Stadt“, kommt als Antwort, „ist eine genehmigte Versammlung.“ „Ach“, antwortet der Passant staunend und hat die Szenen der eng beieinander stehenden Demonstranten im Kopf, „und weil es eine genehmigte Versammlung ist, macht das angeblich so gefährliche Virus Pause?“ Darauf musste selbst der Polizeibeamte lachen.

Während am selben Tag anderswo in Deutschland Demonstrationen von Deutschen, die ihre Rechte nach Artikel 8 des Grundgesetzes wahrnehmen wollen, verboten werden, darf ein exotisch gekleideter Trupp von mehreren hundert Teilnehmern unter den Augen der Polizei dicht an dicht in der Stuttgarter Haupteinkaufsstraße zusammenstehen und unverständliche Parolen rufen.

Was für ein Hohn für die vorbeilaufenden Einheimischen, die sich nur noch mit wenigen Menschen treffen dürfen und abends um acht weggeschlossen werden. Am 14. März 2021, bei der Landtagswahl, können die Bürger per Stimmzettel kundtun, was sie davon halten.

Sven Geschinski ist Stadtrat in Heidelberg und Referent im Landtag



Heilige drei weiße König*innen?

SIGRID UHLE-WETTLER

Bei den Heiligen Drei Königen wird die Genderquote heute übererfüllt, Mädchen sind deutlich in der Überzahl. Und: Die heutigen Könige sind alle weiß.

Der schwarze König indes war in früheren Zeiten ein wichtiges Signal für das Volk. Für den normalen Bürger, der nie im Leben einen Mohren gesehen hatte, war dies über Jahrhunderte ein Zeichen, dass auch die schwarzen Menschen zum Christenvolk gehören, dass auch sie den Heiland anbeten. Der schwarze König ist ein Zeichen dafür, dass Christen eben gerade nicht rassistisch waren. Für sie waren andersfarbige Menschen Teil der Gemeinschaft, auch wenn sie aufgrund der Entfernung nur virtuell anwesend waren.

Interessanterweise gibt es die „Heiligen drei Könige“ vor allem im deutschen Sprachraum, in der Bibel ist nicht von Königen, sondern von den „Weisen aus dem Morgenlande“ die Rede.

Die Diskussion um „Blackfacing“ ist hingegen eine moderne Form der Scheinheiligkeit, in der einige Menschen meinen, die Interessen Anderer vertreten zu müssen, die diese sehr wohl selbst vertreten könnten.

Lassen Sie sich davon nicht irremachen. Einer der drei Könige hieß Caspar und war – schwarz.

Sigrid Uhle-Wettler ist parlamentarische Beraterin der AfD-Fraktion



AUFGEKLÄRT!

Wie die alten Parteien eine parlamentarische Tradition missbrauchen

Von den Tricksereien mit dem Amt des Alterspräsidenten

THOMAS SEITZ, KAPPEL-GRAFENHAUSEN

Die erste Sitzung der 16. Wahlperiode des Baden-Württembergischen Landtags eröffnete der ehemalige Landtagsabgeordnete, Parteifreund und Alterspräsident Heinrich Kuhn (damals 76) am 11. Mai 2016. Da Kuhn im Dezember 2016 sein Mandat zurückgab, käme eigentlich unserem Parteifreund Klaus-Günther Voigtmann (heute 75) die Position des Alterspräsidenten zu - eigentlich. 2019 änderten die Abgeordneten von CDU, Grünen, SPD und FDP die Geschäftsordnung. Seitdem ist nicht mehr der älteste Abgeordnete Alterspräsident, sondern der „Dienstälteste“. Eine junge Partei wie die AfD wurde damit per se von der Partizipation ausgeschlossen.

Mit der Änderung brachen die Altparteien mit einer parlamentarischen Tradition, über deren historische Bedeutung Heinrich Wilhelm Klopp in seiner Dissertation schreibt: „In Deutschland war das Amt des Alterspräsidenten in Baden bereits existent, bevor den Länderparlamenten und

einem Parlament auf Reichsebene die Parlaments- und Geschäftsordnungsautonomie zugestanden wurde.“

Die Idee zum Traditionsbruch hatte sich der baden-württembergische Landtag wohl vom Deutschen Bundestag abgeschaut. Noch in Antizipation des Einzuges der AfD im Jahr 2017, brach der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mit der Tradition des Alterspräsidenten. Dadurch wurde meinem Fraktionskollegen Wilhelm von Gottberg die Leitung der Eröffnungssitzung des 19. Deutschen Bundestages vorab entzogen.

Was viele nicht wissen: Die Funktion des Alterspräsidenten beschränkt sich nicht nur auf das Tragen eines Ehrentitels, sondern erstreckt sich im Bundestag zum Beispiel auch auf die Leitung der Sitzungen, sobald Präsident und Stellvertreter gleichzeitig verhindert sind (§ 8 GO-BT, Abs. 2). Mit welchem Recht sollte ein solches Amt also nur denjenigen Parteien zustehen, die schon länger im Parlament sitzen?

Als politisch aufstrebende Kraft können wir solchen Tricksereien im

Bund wie in Baden-Württemberg mit Gelassenheit begegnen.

Das Wichtigste, was wir jetzt dagegen tun können, ist den Bürgern ein Sittenbild der politischen Klasse aufzuzeichnen. Die Altparteien haben sich längst selbst demaskiert.

Wer parlamentarische Rechte mit Tricks aushebelt, muss den Wähler fürchten.

Thomas Seitz ist Obmann der AfD-Fraktion im Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Parteifreunde,

nach einem spannenden und ereignisreichen
Jahr bedanke mich ganz herzlich für Ihr
reges Interesse an der Landeszeitung
und für Ihre Beiträge.

Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und Freunden

*fröhliche Weihnachten
und alles Gute für das neue Jahr!*

Ihr
Dr. Rainer Balzer

Foto: EdZbarzhyvsky / depositphotos.com